

zu urteilen, die damals zu solchem Verhalten führten und es zu rechtfertigen schienen. Aber wirkt nicht etwas von diesem unkritischen Respekt gegenüber der Obrigkeit noch in dem am meisten kritisierten Passus der Papstbotschaft, über den Pazifismus mit indirektem Bezug auf die Wehrdienstverweigerung, nach (vgl. ds. Heft, S. 100)? Liegt hierin nicht noch eine gewisse Spannung zwischen Traditionsmomenten und der eigenen unmißverständlichen Haltung des Papstes? Es scheint, daß solche Polaritäten nur unter einer weiteren Voraussetzung überwunden werden können: durch eine gewisse Bereinigung der moraltheologischen Aussagen über den „gerechten“ Krieg. Über die Zwiespältigkeit dieser Unterscheidung ist man

sich heute einig. Dies zeigte auch die Diskussion über das Friedenskapitel in der Pastoralkonstitution. Auch über die moralische Qualifizierung des Atomkrieges gibt es keine Diskussionen mehr. Zu klären wäre aber wohl das Dilemma des „konventionellen“ Krieges, in dem die militärischen Schäden nur noch einen Prozentsatz der Schäden der Zivilbevölkerung ausmachen. Müßte man nicht mehr noch als von der atomaren Bedrohung von hier ausgehen, um ein genügend differenziertes Urteil über Kriegshandlungen als Mittel internationaler Auseinandersetzung zu erhalten? Die Ausmaße allein sind kein ausschließliches Kriterium. Sie können aber Anlaß sein, die Frage als ganze moralisch fester in den Griff zu bekommen.

## Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

### Die Weihnachtsseelsorgetagung in Wien

Die vom Österreichischen Seelsorgeinstitut alljährlich veranstaltete Weihnachtsseelsorgetagung, die dieses Jahr vom 27. bis 29. Dezember stattfand, hatte als Thema: „Koinonia — Kirche und Brüderlichkeit“. Die Teilnehmerzahl blieb wider Erwarten gegenüber der des Vorjahres zurück, erreichte aber immerhin ca. 350. Dieser Rückgang war wohl auch darauf zurückzuführen, daß das diesjährige Thema nicht als so interessant empfunden wurde, wie das die Seelsorge unmittelbar herausfordernde Thema des Vorjahres über die Bibel im Lichte der modernen Forschung. Auch dieses Jahr waren mehrere österreichische Bischöfe anwesend, ferner Gäste aus Deutschland und der Schweiz. Zum erstenmal sah man auch Teilnehmer aus den kommunistischen Staaten Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Die Tagung wurde durch das theologische Grundsatzreferat von Prof. M. Löhrer OSB, Rom, „Glaube und Mitmenschlichkeit“ eröffnet. Der Referent versuchte an Hand von Vorgängen und Strömungen in den verschiedenen theologischen Disziplinen aufzuzeigen, wie stark heute das Moment der Brüderlichkeit in der theologischen Interpretation der menschlichen Existenz in den Vordergrund gerückt sei. Heute gehe der Trend offensichtlich dahin, in der Mitmenschlichkeit den eigentlichen Zugang zu einem konkreten Gottesverhältnis zu suchen. In einem interessanten Exkurs über die Wirkungen protestantischer Theologen wie Bultmann, Tillich, Bonhoeffer zeigte der Referent auf, wie sehr dieses Denken heute auch im katholischen Bereich Raum gewonnen habe. Der Widerhall dieser Theologen zeige, daß heute eine starke Tendenz wirksam sei, die Mitmenschlichkeit nicht nur neu zu akzeptieren, sondern zur Basis alles Denkens über Gott zu machen. Löhrer versuchte das Anliegen positiv zu interpretieren. Alle Aussagen des Glaubens betreffen ja unsere konkrete Wirklichkeit, in der wir dauernd auf Gott bezogen sind. Diese Wirklichkeit habe aber interkommunikativen Charakter, so daß man mit Recht sagen könne, daß wir in der Mitmenschlichkeit Gott erreichen. Löhrer führte dann das Problem auf seinen christologischen Kern zurück. Unsere Gottesbegegnung geschehe ja im Grunde über den Menschen Jesus. Der Glaube an Gott werde ja nur verwirklicht im Glauben an Christus. Christus habe aber selbst die Haltung des Glaubens in höchster Weise verwirklicht. Auch aus der Überlegung, daß der Glaube die Übernahme der Lebensform Christi ist, er-

gäbe sich die Einheit von Glaube und Mitmenschlichkeit. Im Vordergrund der Tagung standen aber angesichts der speziellen Themenstellung wohl weniger die theologischen Grundsatzgedanken als die Fragen der konkreten Verwirklichung der Brüderlichkeit in der Kirche nach den gegenwärtig geltenden gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten. Galt das zweite Referat von N. Brox, Dozent am Internationalen Forschungszentrum in Salzburg, mehr der Kritik der kirchlichen Verhältnisse, bemühte sich der dritte Referent, E. Golomb, Direktor des Instituts für kirchliche Sozialforschung in Essen, stärker um den Aufweis der Abhängigkeit des kirchlichen Lebens und seiner Sozialformen von der Gesamtgesellschaft. Brox meinte in bezug auf die Liturgie, viele Kirchenbesucher erführen nie, daß die Kirche nicht der Ort der Einsamkeit mit Gott, sondern der Ort der Gemeinsamkeit der Menschen vor Gott ist. Notwendig wären kleine überschaubare Gemeinden, Gruppen, in denen die Brüderlichkeit eine erfahrene Realität werden kann. Für die neuen möglichen Formen müßte Freiheit gewährt werden. Auch eine Vielzahl an Glaubensweisen müsse man akzeptieren.

### Die gesellschaftlichen Voraussetzungen

Demgegenüber warnte Golomb vor einer Verwechslung der Brüderlichkeit mit der gefühlsstarken Primärerfahrung in der Familie und stellte das Thema auf den Hintergrund der Vielfalt der sozialen Formen und Beziehungen in der Gesamtgesellschaft.

Emphatisch verstandene Brüderlichkeit berge auch Gefahren in sich: Sie führt leicht zur Abschließung und zur Ablehnung des Ungleichen. Die Mitmenschlichkeit schränkt sich auf Kleingruppen ein, die Bezeichnung Bruder dient der sozialen Abgrenzung (Bundesbruder, Logenbruder usw.). Brüderlichkeit dieser Art löst bei den anderen Antipathie und Feindseligkeit aus. Im Innern der Gruppe droht der Zwang zur totalen Übereinstimmung.

Brüderlichkeit als Basis für das Zusammenleben aller Menschen müsse daher andere Züge haben. Sie entstehe auf der Grundlage von partieller Übereinstimmung und von Vertrauen. Damit aber Vertrauen wachsen könne, bedürfe es eines Rahmens von Institutionen, die vor Totalität und Schwärmertum schützen und ein optimales Verhältnis zwischen Abschließung und Aufopferung finden lassen. Brüderlichkeit darf nicht die soziale Vielgestaltigkeit beseitigen wollen, sondern muß sie bejahen.

Brüderlichkeit in der Kirche — so führte Golomb aus — muß mit der gesellschaftlichen Entwicklung und mit der kirchlichen Entwicklung im Einklang stehen. Brüderlichkeit in der frühen Kirche war daher anders als in jeder anderen kirchlichen Epoche: Maßgebend waren die Primärkontakte und die damit gegebenen starken persönlichen Beziehungen, während die rangmäßige Differenzierung gering sein konnte und die Amtsbefugnisse nicht institutionell gesichert werden mußten. In der weiteren Geschichte der Kirche lebte dieser Gedanke an die „Bruderschaftskirche“, wie man diese Form nennen könnte, immer dann auf, wenn sich die Gläubigen ihrer Minderheitsituation bewußt werden. Immer aber ist der starke innere Zusammenhalt erkauft mit der sozialen Isolierung des einzelnen und der Randsituation der Kirche in der Gesellschaft.

Der Wandel der Kirchenstruktur werde heute sich sowohl in den Institutionen wie auch in den Formen der Kommunikation und in der Mentalität der Kirchenangehörigen zeigen müssen, wobei jeder Bereich in Abhängigkeit vom anderen stehe. Die Kommunikationsformen, die bisher im wesentlichen Einbahnen gewesen seien, während der Kommunikationsrückfluß nur zufällig und fragmentarisch war, müßten durch Beratungs- und Gesprächsgremien ergänzt und institutionalisiert werden. Es müßte auch Möglichkeiten legitimer Opposition geben, die nicht in die innere Emigration und Resignation führen, und Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung müßten erlernt werden. Die Kirche werde sich zudem entscheiden müssen zwischen dem Typ einer Klientenkirche mit Versorgung und einer Verantwortungskirche. Die Konsumentenhaltung, die die Kirche als eine Art „service-station“ betrachte und für die minimale Leistung der Mitgliedschaft eine ständige Bereitschaft der Kirche zu religiösen Diensten erwarte, ohne daß man sich mit der Kirche weltanschaulich identifiziere, könne nur so überwunden werden.

### *Psychologische und pastorale Aspekte der Brüderlichkeit*

Die Ausführungen von Golomb wurden nach der psychologischen Seite hin ergänzt durch das Referat von P. Sbandi SJ, Lehrbeauftragter für Pastoralpsychologie an der Theologischen Fakultät Innsbruck, über „Psychologische Voraussetzungen echter Brüderlichkeit“. Er betonte, daß Brüderlichkeit die persönliche Reife der Partner voraussetzt, nämlich daß ein selbständiges Ich einem anderen selbständigen Ich gegenübertritt. Die kirchliche Praxis aber zeige eine gegenteilige Einstellung. Man redet vom Pfarrkind, Beichtkind usw. Sbandi warf die Frage auf, ob die Priesterbildung im Seminar für die menschliche Reife der künftigen Priester förderlich sei oder nicht. Denn ins Seminar trete der junge Mensch mit 18 Jahren, doch das Erwachsenwerden vollziehe sich erst in den Jahren danach.

Ferner müsse bedacht werden, daß jeder Mensch sein Denk- und Bezugssystem hat und daß die Erfolglosigkeit vieler Gespräche ihre Ursache nicht im schlechten Willen, sondern im Fehlen eines gemeinsamen Bezugssystems hat. Es gebe eben Grenzen, die nicht übersprungen werden können. Was man „Einstellungen“ nennt, ist immer affektiv geladen und ändert sich nur sehr langsam. Man könne daher nicht erwarten, daß ein päpstliches Dokument oder ein Hirtenbrief rasche Änderungen bewirken.

Zum Problem Autorität sagte P. Sbandi, wenn die Ten-

denz heute dahin gehe, die Verantwortung über die Mitglieder der Gruppe zu verteilen, könnte man fragen, in welcher Weise es ermöglicht werden könnte, daß die Mitglieder einer Pfarrei an der Wahl des Pfarrers teilnehmen, oder wie der Klerus an der Leitung der Diözese teilnehmen könnte.

Mehr praktische Gesichtspunkte für die diakonische Gestalt der Kirche brachten die beiden letzten Referate der Tagung „Kirchliches Amt als brüderlicher Dienst“ des Schweizer Pastoraltheologen A. Müller, Fribourg, und „Diakonie in der Gemeinde“ von Domkapitular E. Tewes, München. Prof. Müller führte aus: Im Zeichen des Zweiten Vatikanums sei die paternalistische Führungsauffassung im Prinzip überwunden, die Mitverantwortung des ganzen Volkes Gottes anerkannt, so reichlich auch noch der psychologisch nicht mehr zeitgemäße Gebrauch von Vätern und Söhnen, Hirt und Herde ist. Unsere Sprechweise sollte sich angewöhnen, die Ämter in erster Linie auf Christus zu beziehen. Kirchliche Amtsbefugnisse sind im Wesen brüderliche Autorität, da alle unter der Autorität des einen Meisters und Führers stehen und nur einige den besonderen Auftrag haben, die Autorität Christi in Erinnerung zu rufen.

Die Zeitsituation verlange, daß dieser theologische Sachverhalt auch psychologisch in Erscheinung trete.

Zu den aktuellen Forderungen eines brüderlich verwalteten Amtes führte Müller aus, daß sich jeder Amtsträger gewisse Einschränkungen seiner Vollmacht gefallen lassen müsse: Die Einrede von unten her mit Berufung auf die höhere Autorität und die Gesprächsmöglichkeit, ehe der Befehl das letzte Wort ist; dabei sei aber ein unwiderprüflicher Befehl durchaus möglich. Eine Handhabung brüderlicher Autorität verlangt aber auch sehr viel vom Untergebenen. Vielfach besteht ein Obrigkeitskomplex, so daß die brüderliche Bereitschaft des Vorgesetzten ins Leere stößt.

Domkapitular Tewes sprach sich entschieden für die ortsgebundene Gemeinde aus, entgegen aller Kritik, die heute geübt wird. Denn es scheint, daß die Wohnstätte zu neuer Bedeutung kommt, ein Schwerpunkt des Daseins ist, wo die primären sozialen Beziehungen gelebt werden. Im Streben nach dem eigenen Haus ist das ja deutlich zu greifen.

### *Ortsgebundene Gemeinde hat Zukunft*

Das seelsorgliche Modell der Diakonia dürfe nicht ein möglichst reiches Angebot an Messen sein, damit die Gläubigen ihre „religiösen Pflichten“ erfüllen können, sondern die Bemühung um ein Klima, in welchem der Mensch Heimat und Heil erlangt. Unsere Maßstäbe dürfen nicht vom Rande her und von der Nivellierung genommen werden, sondern von der Mitte, was die Gemeinde Jesu zu sein hat. Das Sakrament hat im Denken und Handeln ein Übergewicht erhalten und wurde vom Vollzug der Gemeinde isoliert.

Die Gemeinde müsse wissen, daß sie Heilsträger für alle ist. Sie handle auch für die, die nicht da sind, und für die Not der Welt, weshalb die Fürbitten ein wesentlicher Teil des Gottesdienstes sind. Der Platz des Pfarrers nach dem Gottesdienst ist vor der Kirche. Er müsse auf alle Weise versuchen, die Anonymität zu durchbrechen und das Bekanntwerden untereinander herbeizuführen.

Für die Entwicklung eines Gemeinbewußtseins sei zudem unerlässlich, daß kleinere Zellen — „Teilgemeinden“ —

gebildet werden. Von diesen Kleingemeinden würde das Leben der Pfarrgemeinde aufgefüllt werden.

Nicht vergessen werden dürfe die Sorge für die Armen, nämlich für alle, die ihre Existenz als gebrochen erfahren. In der nachkonziliaren Zeit wird viel Energie für andere Dinge verbraucht. Doch gerade hier müsse ein Aufbruch vor sich gehen. Man müsse die Fälle in der Pfarrgemeinde bekanntgeben, durch den Pfarrbrief und durch Mitteilung am Schluß des Gottesdienstes. Man müsse den Mut zu dieser heilsamen Provokation haben.

#### **Die erste Plenarversammlung des holländischen Pastoralkonzils**

Die erste Vollversammlung des „Pastoralkonzils“ der niederländischen Kirchenprovinz (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 14f.), das Kardinal Alfrink in seiner

Pressekonferenz in Doorn (14. 11. 66) als eine „gemeinsame pastorale Beratung“ („Katholiek Archief“ 22. Jhg., S. 3) definiert hat, fand am 3., 4. und 5. Januar 1968 in der Kapelle des Kleinen Seminars der Diözese Rotterdam von Noordwijkershout statt.

Eine überraschend große Anzahl von Pressevertretern sowie Funk, Fernsehen und Wochenschau waren bei der Eröffnung zugegen, die als „nicht sehr prunkvoll, nicht sehr feierlich, eher kühl und sachlich“ charakterisiert wurde („De Tijd“, 4. 1. 68). Der erst vor einem halben Jahr zum Pronuntius bei der niederländischen Regierung (KA 22/33, S. 833) ernannte Erzbischof A. Felici, Msgr. Etchegaray, Sekretär der Französischen Bischofskonferenz, der Bischof von Antwerpen, A. Daem, als Vertreter des belgischen Episkopats und drei holländische Missionsbischöfe nahmen als ausländische Beobachter teil. Aus Deutschland waren Msgr. G. Fittkau und Msgr. P. Wolff als Beobachter gekommen, die zuvor auch schon in Einzelsitzungen verschiedener Konzilsorgane teilgenommen hatten (u. a. an dem Studientreffen der Theologen und Kirchenrechtler des Pastoralkonzils in Doorn am 9. Januar 1967, bei der Versammlung der Vertreter der kirchlichen Organisationen und Vereine am 10. Januar 1967, bei der Zusammenkunft der Konzilsberater in Rotterdam am 19. Januar 1967). Unter den 168 gewählten, eingeladenen oder als Fachberater fungierenden Teilnehmern (davon waren 107 stimmberechtigt) waren Beobachterdelegierte von elf nichtkatholischen Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Auch die Humanistische Union Hollands war der Einladung der Zentralkommission gefolgt und hatte einen Beobachter entsandt. (Diese Beobachterdelegierten sind zwar nicht stimmberechtigt, können sich jedoch als Mitglieder der Vollversammlung an den Diskussionen und Aussprachen beteiligen.)

#### *Eröffnung und Verlauf*

Diese erste Vollversammlung hatte zunächst darüber zu entscheiden, ob der von einer der fünfzehn Studienkommissionen unter dem Vorsitz von Prof. Loeff ausgearbeitete Entwurf einer Studienvorlage zur Frage „Autoritätsbegriff und Autoritätsausübung“ der Plenarversammlung zur Beratung vorzulegen sei. Den Vorsitz hatte Kardinal Alfrink im Namen des holländischen Episkopats an einen Laien, Prof. Dr. J. Th. Snijders, Rektor der Universität Groningen, delegiert. Snijders gehörte der Studienkommission für „Fragen der kirchlichen Praxis“ an.

Im Verlauf der kurzen, sachlichen Ansprache erklärte der

Kardinal, diese Beratungsversammlung sei keine Provinzialsynode im kirchenrechtlichen Sinn, sondern eher eine Pastoralkonsultation, die „eine außerordentliche Informationsquelle sein“ kann („De Tijd“, 4. 1. 68). „Ich meine“, so führte Kardinal Alfrink aus, „daß dieses Konzil nicht als ein Parlament betrachtet werden kann, das Beschlüsse faßt, welche die Bischöfe auszuführen haben. Doch nehme ich andererseits an, daß diese pastorale Beratung Ergebnisse hervorbringen wird, die von den Bischöfen im Hinblick auf ihre besondere Verantwortung mit großer Bereitwilligkeit zur Ausführung gebracht werden.“ Wohl um allzu kühnen Spekulationen vorzubeugen, betonte der Kardinal, daß der holländische Episkopat keinerlei Ursache habe, gegen irgend etwas innerhalb der Kirche aufzutreten, „weder gegen die Brüder im Bischofsamt noch gegen den Papst, den wir gläubig als den annehmen, den der Herr über die gesamte Kirche eingesetzt hat“ (ebd.).

Der Vertreter der Niederländisch-Reformierten Kirchen, Prof. A. J. Bronkhorst, der die nichtkatholischen Kirchen und Glaubensgemeinschaften im Konzilsrat als deren gewählter Vertreter bei der Versammlung repräsentierte, dankte in deren Namen für die Einladung zur Teilnahme am Konzil, in das sie seit seinem Beginn in jeder Hinsicht einbezogen worden seien. Sie betrachteten es als ihre Aufgabe, darüber zu wachen, daß nicht irgendwelche „Klauseln“ im Widerspruch zur Ökumenischen Bewegung stünden („De Tijd“, 5. 1. 68).

Gleich zu Anfang der Beratungen am 4. Januar wurden drei Anträge gestellt (vgl. „De Tijd“, 5. 1. 68):

Im Namen der Delegierten der Diözese Den Bosch forderte P. J. Kobussen OSA die Versammlung auf, gegen das Unrecht und die Rechtlosigkeit zu protestieren, worunter ein großer Teil der Menschheit zu leiden habe. Der holländischen Kirche solle es ein Anliegen sein, sich mit der Rassendiskriminierung, dem Nahostkonflikt, dem Hunger in der Welt, dem Krieg in Vietnam usw. zu befassen.

Namens der Delegierten aus der Diözese Groningen brachte Frau R. Capetti zwei Anträge ein:

1. Der holländische Episkopat werde gebeten, Maßnahmen zu ergreifen, um möglichst rasch die „Richtlinien für die Amtsführung der Priester“ (bekanntgegeben anlässlich der von Kardinal Alfrink in Doorn abgehaltenen Pressekonferenz vom 13. 3. 67) zu verwirklichen. (Darin wird den vielen in Unsicherheit lebenden Priestern sowohl in ihrem persönlichen Leben als auch in ihrer Amtsführung Hilfe und Unterstützung zugesagt.) Besonders werde darum gebeten, in absehbarer Zeit Möglichkeiten zu schaffen, damit verheiratete Priester seelsorgerlich tätig sein können.

2. Man bedauere, daß das Grundsatzproblem der Amtsführung in der Kirche, das von entscheidender Bedeutung für die neue Gestalt der Kirche sei, nicht auf die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung gesetzt wurde. Man bitte, dies bei der nächsten Vollversammlung zu tun. Ebenso sollte auch die Frage nach der Möglichkeit der weiblichen Amtsträger in der Kirche zur Sprache kommen.

#### *Bericht über die Autorität*

Die eigentlichen Beratungen galten dem Entwurf „Autoritätsbegriff und Autoritätsausübung in der Kirche“. Er stieß, wie erwartet (vgl. „De Tijd“, 27. 12. 67, sowie Artikelserie „Rapport over gezag“ von P. H. Hoefna-

gels SJ in derselben Zeitung vom 28., 30. 12. 67 u. 2. 1. 68), auf scharfe Kritik. Der Bischof von Roermond, P. Moors, und P. Vrolijks OFM (im Namen der Ordensleute Hollands) haben sich durch ihre kritischen Ausführungen zum Vorlagenentwurf besonders exponiert. Der Bischof von Roermond bezeichnete das Schriftstück als zu einseitig vertikal ausgerichtet. Die Frage der Autorität im Hinblick auf die Gläubigen sei in dem Entwurf nicht behandelt, der daher unvollständig und wenig objektiv sei. Er empfahl, den Entwurf zur Überarbeitung an die (gegebenenfalls zu erweiternde) Studienkommission zurückzuleiten. Die Versammlung folgte dieser Empfehlung und verwies den Entwurf mit 81 gegen 26 Stimmen an die Studienkommission zurück. Der neubearbeitete Entwurf soll auf der nächsten Plenarversammlung vorgelegt werden („De Tijd“, 5. 1. 68).

P. Vrolijks OFM schloß sich dieser Kritik an und bemängelte darüber hinaus u. a. den zu schmalen Unterbau der Vorlage und das Fehlen jeglichen Hinweises auf die Eigenverantwortlichkeit der Gläubigen. Überdies sei es recht und billig, der Gemeinde bei der Wahl ihres Pfarrers, ebenso wie bei deren Versetzung usw., ein Mitspracherecht einzuräumen.

Der Beobachterdelegierte der Remonstranten-Bruderschaft Hollands, Prof. L. J. Holk, der gleichzeitig stellvertretendes Mitglied des Konzilsrates ist, fand (nach „La Croix“, 6. 1. 68) den Vorlagenentwurf sehr interessant, aber zu optimistisch. Denn die Erfahrung seiner Kirche habe gezeigt, daß eine zu große Freiheit eine Gemeinschaft nicht mehr „leitbar“ mache, selbst wenn diese nicht allzu groß sei.

### *Autorität nicht außerhalb der Gemeinschaft*

In seinem ausführlichen und kritischen dreiteiligen Kommentar hat Pater H. Hoefnagels SJ (in „De Tijd“, 28., 30. 12. 67 u. 2. 1. 68 „Rapport over gezag“ I., II. und III.) im ersten Beitrag (Untertitel „Hat die Kirche von heute dafür noch Platz?“) den Bearbeitern dieses Schriftstücks zunächst bescheinigt, daß sie damit „der kirchlichen Gemeinschaft einen großen Dienst erwiesen“ haben. Denn damit sei die Behandlung dieser Frage eine „unumgehbare Notwendigkeit“ geworden. Weiter heißt es: die Vorlage „rückt die Problematik der kirchlichen Autorität in die richtige Perspektive, indem sie die lebendige Verkündigung und das persönlich verwirklichte Zeugnis betont. Sie weist deutlich auf jene Formen der Autorität hin, die unannehmbar geworden seien: Jene Lehrautorität, die von außen her autoritär vorschreibt, das Manipulieren mit dogmatischen Formulierungen, um genau die Grenzen der Rechtgläubigkeit zu bestimmen, das Bestreben, die Gläubigen durch kirchenamtliche Erklärungen am Gängelband zu führen, das Abwürgen jeglicher Neuerungsbestrebungen, weil man damit dem Risiko zu entgehen glaubt.“

Die kirchliche Autorität „soll weder bei noch außerhalb noch über der Gemeinschaft der Gläubigen stehen“ (Vorlagentext). Vielmehr soll sich der Amtsträger als deren Exponent begreifen und im Dialog mit der tatsächlichen Glaubenspraxis stehen. Daraus ergibt sich die Fragestellung: „Wie muß die Struktur der Autorität beschaffen sein, damit sie als Aufbauelement einer gemeinschaftstragenden Autorität gelten kann?“ Aber dies stehe so sehr im Hintergrund und werde dem Durchschnittsleser nicht bewußt. Man erhalte eher den Eindruck, als ob alles Bisherige verworfen und als ob das als einzige Alternative

zum starren, kritiklosen Festhalten der bisherigen Formen verstanden werde.

P. Hoefnagels bemängelt, daß in dem „Rapport“ der Zusammenhang zwischen der Verkündigung und der organisatorischen Aktivität der Kirche nicht beachtet wird. Ferner hätten die Urheber es versäumt, sich die Frage zu stellen, inwiefern diese ihre Haltung Ausgangspunkt für eine Reform der Autoritätsstruktur sein kann. Denn die Verfasser tendierten eher dahin, nur insofern die Beschlüsse der Autorität anzuerkennen, als sie deren Berechtigung einsehen. Würde dies einer vollständigen Demokratisierung der Lehrautorität der Kirche gleichkommen? Zum Schluß dieses Teilbeitrags stellt der Autor die „fundamentale Frage: . . . welche Form von Demokratie ist mit dem Sendungsauftrag der Kirche vereinbar?“

### *Vorläufige Entschlüsse*

Als greifbares Resultat der zweitägigen Beratungen kam es zu einer Reihe von Resolutionen von unterschiedlicher Bedeutung. Fast alle wurden einstimmig und unter Beifall der Versammlung (also auch mit Zustimmung aller Bischöfe) angenommen.

Entwicklungshilfe: Unterstützung aller Initiativen — auch für den Frieden in der Welt —, Erkundung neuer Möglichkeiten auch in der eigenen Umgebung. (Die nächste Plenarsitzung im April soll sich hauptsächlich mit diesen Themen befassen.)

Zölibat: Höchste Priorität wird für die Probleme des Priesteramts gefordert. Eine eigene Kommission soll den Fragenkomplex untersuchen und Vorschläge für neue Perspektiven ausarbeiten. Die Bedeutung der kirchenrechtlichen Koppelung von Priesteramt und Zölibat soll ebenfalls zur Sprache kommen. Ebenso soll auch die Frage der Möglichkeit der Berufung von Frauen zum Priesteramt behandelt werden.

Der Vorlagenentwurf über die Frage der kirchlichen Autorität wird neu bearbeitet und der nächsten Plenarsitzung (die für den 8., 9. und 10. April 1968 am gleichen Ort vorgesehen ist) vorgelegt.

Andere Kirchen: die Zusammenarbeit der Verantwortlichen soll gefördert werden. Gegenseitige Anregungen und Empfehlungen sollen vorurteilslos geprüft werden und nicht unbeachtet liegenbleiben.

Innerkirchliche Organisation: Auf nationalem und diözesanem Niveau soll es zu besserer gegenseitiger Information über die Planung von Neuerungen auf dem Gebiet der Mission, der Priesterausbildung, der pastoralen Weiterbildung, der Katechese, der Jugend- und Erwachsenenbildung und — nicht zuletzt — der Finanzen kommen.

Ernennungen: Bei Anstellung von kirchlichen Amtsträgern sollen Verfahrensweisen gefunden werden, die auch ein Mitspracherecht von Beratungsorganen vorsehen.

Kontakt des Seelsorgeklerus untereinander soll gefördert werden, um Isolierung und Vereinsamung vorzubeugen. Dieser Kontakt soll informell auch mit den Gläubigen gehalten werden u. a. auch dadurch, daß man diese an seelsorglichen Funktionen teilnehmen läßt.

Kardinal Alfrink hat im Namen der Vollversammlung des Pastoralkonzils ein Telegramm an Papst Paul VI. geschickt, in dem er die Verbundenheit der holländischen Kirche mit der Gesamtkirche zum Ausdruck brachte und dem Papst in seinen Bemühungen um die Linderung der Not in den Entwicklungsländern und um den Frieden in Vietnam Unterstützung versprach.

## Internationalisierung an der Kurie

Noch vor der Verwirklichung der Kurienreform, die laut Reskript von Kardinalstaatssekretär Cicognani (vgl. „Osservatore Romano“, 31. 12. 67) — wohl wegen der Erkrankung des Papstes im vergangenen Oktober — erst am 1. März in Kraft treten soll, wurden wichtige personelle Veränderungen in den Kurialbehörden bekanntgegeben. Am 8. Januar trat der bisherige Leiter der Glaubenskongregation, Kardinal A. Ottaviani (77), zurück. Tags darauf wurde mitgeteilt, daß der Papst auch den Rücktritt von Kardinal Lercaro (76), des Erzbischofs von Bologna, als Vorsitzenden des Nachkonziliaren Rates für die Liturgiereform angenommen habe. Am 13. Januar meldete der „Osservatore Romano“ den Rücktritt des 72jährigen Kardinals L. Traglia als Generalvikar des Papstes für die Diözese Rom. Kardinal Traglia, für dessen Rücktritt vor allem gesundheitliche Gründe angeführt wurden, übernahm das Ehrenamt eines Kanzlers der Römischen Kirche, das seit über einem Jahr, seit dem Tode des argentinischen Kardinals Copello, verwaist war. Zum neuen Leiter (Präfekten) der Glaubenskongregation berief der Papst den bisherigen Erzbischof von Zagreb und Präsidenten der jugoslawischen Bischofskonferenz, Franjo Šeper. Zum neuen Präfekten der Ritenkongregation, der nun in Personalunion auch dem Rat zur Durchführung der Liturgiereform vorstehen wird, wurde der 70jährige Schweizer Kardinal und ehemalige Abtprimas der Benediktiner, Benno Gut, bestellt. Nachfolger von Kardinal Traglia als Generalvikar der Diözese Rom wurde der erst vor kurzem zum Vorsitzenden der Päpstlichen Finanzkommission ernannte Kardinal A. Dell'Acqua. Sein Nachfolger in der Leitung der Finanzkommission ist der ehemalige Apostolische Delegat in Washington, Kardinal E. Vagnozzi. Am 15. Januar wurden zwei weitere Rücktritte bekanntgegeben. Es waren Kardinal G. Testa, der Präfekt der Ostkirchenkongregation, und Kardinal B. Aloisi Masella, der Präfekt der Sakramentenkongregation. Ihre Nachfolger wurden der frühere Dekan der Rota, Kardinal F. Brennan (Sakramentenkongregation), und der frühere Nuntius in Portugal, Kardinal M. de Fuerstenberg (Ostkirchenkongregation). Brennan ist Amerikaner, de Fuerstenberg Belgier. Letzterer galt vorübergehend als Kandidat für das Amt des Kardinalstaatssekretärs. Beide standen lange im kurialen bzw. im diplomatischen Dienst.

### *Ottaviani und Lercaro*

Mit den Kardinälen Ottaviani und Lercaro scheiden zwei markante Kirchenfürsten aus dem Dienst der römischen Kurie aus, die das kirchliche Leben der letzten Jahre in sehr verschiedener Weise mitgeprägt haben. Beide gehörten zu den führenden Gestalten des Zweiten Vatikanums, Ottaviani als pointierter Vertreter der Minderheit, Kardinal Lercaro als einer der angesehensten Wortführer der Mehrheit, dem das Konzil eine Reihe fruchtbarer Anstöße, z. B. in der Debatte über das Kirchen-schema, in der Aussprache über die Errichtung der römischen Bischofssynode, über die Liturgiekonstitution, über die Ostkirchen und über die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, besonders im Abschnitt Kulturförderung, verdankt. Lercaro genoß nicht nur als Vorsitzender des Liturgierates innerhalb des Welt-episkopats hohes Ansehen, er gehörte selbst zu den Pionieren der Liturgischen Bewegung und zu den Haupt-

promotoren der konziliaren Liturgiereform. Bereits vor einem Jahr hatte er seinen Rücktritt als Erzbischof von Bologna und als Kardinal angeboten. Der Rücktritt war vom Papst nicht angenommen worden. Ihm wurde jedoch inzwischen ein Koadjutor mit Nachfolgerecht in der Person des früheren Bischofs von Mantua, E. Poma, beigegeben. Er bleibt aber als Erzbischof im Amt.

Kardinal Ottaviani gehörte als Sekretär des früheren Heiligen Offiziums zu den einflußreichsten Kardinälen der Kurie sowohl aufgrund seiner Stellung wie aufgrund seines persönlichen Formats. Er wurde von Papst Johannes XXIII. zum Vorsitzenden der Theologischen Vorbereitungskommission des Konzils und später zum Vorsitzenden der gleichnamigen Konzilskommission ernannt. Neben seiner Stellung im Heiligen Offizium führte er während der letzten zwei Jahre auch den Vorsitz in der Päpstlichen Kommission für Familienfragen und Geburtenregelung. Innerhalb dieser Kommission wie auch innerhalb der Theologischen Kommission des Konzils vertrat er in fast allen Fragen die beharrliche Richtung. Wohl mehr als jeder andere römische Kardinal identifizierte er sich mit seiner Behörde als „Hüter des Glaubensschatzes“, doch hatte man den mehr juristisch als theologisch geprägten Kardinal, der in praktischen Fragen durchaus pragmatischen Lösungen zuneigte, wohl zu Unrecht und allzu vereinfachend mit kirchlichem Konservatismus schlechthin gleichgesetzt.

### *Die Berufung Kardinal Šeper*

Die Ernennung von Kardinal Šeper zu seinem Nachfolger, die manche überrascht hat, erscheint in mancher Hinsicht bedeutsam. Šeper war seit 1960 Nachfolger des bis zu seinem Tode zwangskonfinierten Kardinals Stepinac als Erzbischof von Zagreb. Mit seiner Amtszeit ist die stufenweise Annäherung zwischen der katholischen Kirche und dem kommunistischen Regime in Jugoslawien verbunden, an der der Kardinal selbst wesentlichen Anteil hatte. Obwohl der Regierung gegenüber eher konzilient, stimmte er dem Abkommen zwischen dem Vatikan und der jugoslawischen Regierung vom 25. Juni 1966 nur zögernd zu (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 410f.). Mit ihm tritt zum erstenmal ein Kardinal aus einem kommunistisch beherrschten Land an die Spitze eines römischen Dikasteriums. Da bisher gerade von kirchlichen Vertretern aus diesen Ländern Klage geführt wird, Rom fehle es bei den Verhandlungen mit kommunistischen Partnern über die Situation der Kirche in ihren Ländern oft an Sachkenntnis, dürfte die Neuernennung auch unter diesem Aspekt Beachtung verdienen. Kardinal Šeper ist während des Konzils als einer der Wortführer der Mehrheit in verschiedenen Fragen (Ostkirchen, Religionsfreiheit, Judenfrage, Diakonat) hervorgetreten, stand also gerade in entscheidenden Punkten im Gegensatz zu der von der Mehrheit der Kurie verkörperten Mentalität. Besonderes Aufsehen erregte seine Konzilsintervention zur Atheismusfrage, in der er nicht nur eine durchwegs dialogische Grundhaltung offenbarte, sondern auch die Mitschuld der Christen am atheistischen Phänomen bloßlegte. Der Kardinal gilt innerhalb seines Landes auch als konzilianter Gesprächspartner mit den Orthodoxen, auch wenn die ökumenischen Bemühungen in Jugoslawien erst in den Anfängen stecken. Nach einer Meldung von „La Croix“ (10. 1. 68) wurde die Ernennung Šepers in Jugoslawien selbst in Regierungskreisen als Ehrung des Kardinals und seines Landes angesehen.

Er gilt keineswegs als dezidiertes Anhänger moderner theologischer Strömungen, sondern als pastoral geprägter Kirchenführer mit theologischem Sachverstand, der allerdings aufgrund der Zwangsisolierung der jugoslawischen Kirche von den westlichen theologischen Strömungen bis zum Konzil mehr oder weniger abgeschnitten war. Obwohl niemals mit kurialen Ämtern betraut, tritt er seine Stellung nicht völlig unvorbereitet an: Er war Mitglied der Theologischen Kommission des Konzils und wurde mit der höchsten Stimmzahl (140) auf der Bischofsynode in die Synodalkommission für Lehrfragen gewählt und vom Papst zu deren Vorsitzenden bestellt. Nicht zuletzt diese Funktion dürfte für die neue Stellung in der Glaubenskongregation maßgebend gewesen sein. Mit seiner Ernennung dürfte wohl auch der wichtigste Vorschlag der Synode, die Errichtung einer Theologenkommision zum Studium der modernen Glaubensfragen, der Verwirklichung nähergerückt sein.

In einem Interview nach seiner Ernennung bezog er sich ausdrücklich auf die projektierte Kommission, in der Theologen der verschiedenen Schulen dem Apostolischen Stuhl und vor allem der Glaubenskongregation „mit legitimer wissenschaftlicher Freiheit Hilfe leisten“ sollen (KNA, 11. 1. 68). Obwohl zwischen ihm und dem Papst noch keine Details erörtert worden seien, rechnet er „hundertprozentig“ mit deren Errichtung. Seiner Ansicht nach soll diese jedoch kein von der Glaubenskongregation völlig unabhängiges Organ sein.

Neben der Ernennung von Šeper hat wohl die Versetzung Kardinal Dell'Acquas am meisten Aufsehen erregt. Mit ihm scheidet einer der erfahrensten päpstlichen Diplomaten aus dem unmittelbaren Dienst der Kurie aus, in der er drei Päpsten als Substitut im Staatssekretariat gedient hatte. Er galt lange Zeit als aussichtsreicher Kandidat für die Stelle des Kardinalstaatssekretärs, die mit dem Inkrafttreten der Kurienreform neu zu besetzen ist. Diese Möglichkeit schied allerdings bereits aus, als er im Herbst 1967 zum Präfekten der Päpstlichen Finanzkommission ernannt wurde. Die jetzige Umbesetzung dürfte wohl in erster Linie mit den Bemühungen des Papstes um die Reorganisation der Diözese Rom zusammenhängen, für die der Kardinal aufgrund seines Organisationstalentes und wohl auch wegen seiner Beziehungen zur italienischen politischen Umwelt prädestiniert erscheint. Ein nicht weniger bedeutender Schritt ist die Zusammenlegung des Vorsitzes der Ritenkongregation und des Römischen Liturgierates, dessen Funktionen nach dem Abschluß der nachkonziliaren Liturgiereform erlöschen. Die bisherigen Reformarbeiten (vgl. ds. Heft, S. 85) litten nicht zuletzt unter einem fühlbaren Antagonismus zwischen den beiden Behörden. Ihre gegenseitige Verquickung begann jedoch bereits mit der Ernennung des Sekretärs des Liturgierates zum Subsekretär der Ritenkongregation (Unterabteilung Liturgie). Die Auswirkungen der personellen Veränderungen und der engeren personellen Verzahnung der beiden Behörden auf die weiteren Arbeiten des Liturgierates und damit auf die Fortführung der Liturgiereformen läßt sich im Augenblick allerdings schwer ermessen.

#### *Weiterer Schritt zur Internationalisierung*

Die Berufung der Kardinäle Šeper und Gut bedeutet einen weiteren Schritt zu einer effektiven Internationalisierung der Kurie, die freilich im Blick auf die Gesamt-

reform nur ein formales Kriterium darstellt. An der Spitze der Glaubenskongregation befinden sich nach den jüngsten Neuernennungen drei Ausländer: Kardinal Šeper als Präfekt, der französische Erzbischof P. Philippe als Sekretär und der (ehemalige) Professor an der Universität Löwen, Ch. Moeller, als Subsekretär. Im Gegensatz zu Kardinal Šeper und Msgr. Moeller hat Erzbischof Philippe eine langjährige kuriale Laufbahn hinter sich, zunächst im Heiligen Offizium, zuletzt als Sekretär der Ordenskongregation. Von den neun bestehenden römischen Kongregationen und den drei päpstlichen Sekretariaten sind neun von Nichtitalienern geführt: Glaubenskongregation (Kardinal Šeper), Ritenkongregation (Kardinal Gut), Kleruskongregation (Kardinal Villot), Kongregation für das kirchliche Unterrichtswesen (Kardinal Garonne, bisher Propräfekt, nach dem Rücktritt des 90jährigen Kardinals Pizzardo [17. 1. 68] als Präfekt), Propaganda Fide (Kardinal Agagianian), Ostkirchenkongregation (Kardinal de Fuerstenberg), Sakramentenkongregation (Kardinal Brennan), Einheitssekretariat (Kardinal Bea), Sekretariat für die Nichtglaubenden (Kardinal König). Außerdem befindet sich auch an der Spitze der Kommission Iustitia et Pax und des Laienrates (in Personalunion) ein Nichtitaliener (Kardinal Roy), wie Kardinal König hat aber auch Kardinal Roy seinen Bischofssitz (Quebec). Da jedoch mit dem Inkrafttreten der Kurienreform mit weiteren personellen Veränderungen und Rücktritten zu rechnen ist, haben diese Hinweise in erster Linie chronologischen Wert.

#### **Verbesserte Beziehungen Jugoslawien—Vatikan**

Der Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Mika Spiliak am 10. Januar im Vatikan wurde nicht nur im westlichen

Ausland mit lebhaftem Interesse registriert, sondern auch von der jugoslawischen Regierungs- und Parteipresse mit einiger Aufmerksamkeit bedacht. Man hatte dabei die Tatsache, daß es sich um den ersten Vatikanbesuch eines jugoslawischen Regierungschefs seit Kriegsende handelte, wohl etwas überbewertet, indem man sie mit den vorausgegangenen Besuchen sowjetischer Staatsmänner, des Außenministers Gromyko und des Staatspräsidenten Podgorny, in Beziehung setzte. Denn erstens handelt es sich bei Jugoslawien um ein kommunistisches Land sui generis. Seine Beziehungen zur kommunistischen wie zur westlichen Welt sind nicht auf seine kommunistischen Nachbarn übertragbar. Aber auch die innenpolitischen Verhältnisse sind auf Grund der Nationalitäten- und Konfessionsstruktur Jugoslawiens mit keinem anderen kommunistisch regierten Land vergleichbar. Zweitens handelte es sich bei dem Besuch Spiliaks nicht um erste Kontakte, sondern eher um einen — gewiß wichtigen — Schritt zur weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Partnern, die durch die Unterzeichnung des Protokolls vom 25. Juni 1966 grundgelegt wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 410). Die Durchführung des durch das Protokoll geschaffenen *modus vivendi* sah auch den Austausch quasidiplomatischer Vertreter vor, die ohne offiziellen diplomatischen Status die faktischen Rechte von Diplomaten genießen. Seit November 1966 amtiert in Belgrad Erzbischof M. Cagna als Apostolischer Delegat und zugleich als „Gesandter“ (*inviato*) des Heiligen Stuhls bei der jugoslawischen Regierung und ein Vertreter der jugoslawischen Regierung im gleichen Rang in Rom.

Daß es sich bei der 45minütigen Audienz um keinen Höflichkeitsbesuch, sondern um ein „Arbeitstreffen“ („Le Monde“, 11. 1. 68) handelte, war bereits der Teilnehmerliste und den Ausführungen des vatikanischen Kommuniqués und der anschließend an die Audienz zwischen dem Papst und dem Ministerpräsidenten ausgetauschten Grußadressen zu entnehmen. Sie waren keineswegs rein protokollarisch. An dem Gespräch zwischen dem Papst und dem Ministerpräsidenten nahmen auch der jugoslawische Vertreter beim Vatikan und der als Unterhändler mit kommunistischen Regierungen bekannte jetzige Sekretär der Kongregation für Außerordentliche Angelegenheiten, Erzbischof A. Casaroli, teil.

### *Zwei wichtige Verhandlungsthemen*

Zwei Themen, soviel ist dem Kommuniqué und den offiziellen Ansprachen, deren Wortlaut im „Osservatore Romano“ (11. 1. 68) veröffentlicht wurde, zu entnehmen, standen im Mittelpunkt: die Friedensbemühungen und das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Staat in Jugoslawien. Spiliak sprach dem Papst „im Namen der Regierung und der Völker Jugoslawiens“ seine Anerkennung für die Bemühungen um den Frieden aus, der heute ernstlich gefährdet sei, weil die „Gewaltpolitik“ ständig neue Krisenherde schaffe. Deswegen habe Staatspräsident Tito den Papst auch bei seinem Vorhaben der Durchführung eines eigenen „Friedenstages“ unterstützt. Der Papst dankte seinerseits für die Friedensbemühungen Jugoslawiens, die auf einen ehrenvollen Ausgleich auf dem Verhandlungswege abzielten, und versicherte, er wolle seine eigenen Bemühungen fortsetzen „trotz der vielfachen Schwierigkeiten und manchen Unverständnisses“, auf das sie stoßen würden.

Mit diesen Sätzen wurden gewiß keine bloßen Höflichkeiten ausgetauscht. Auf Grund seines Dreiecksverhältnisses zu den kommunistischen Ländern und zu den Staaten der Dritten Welt befindet sich Jugoslawien in einer diplomatisch exponierten Lage, in der es sich in manchen Punkten mit den Vermittlungsbemühungen des Vatikans treffen dürfte. Das gilt vor allem für die Vietnampolitik. Paul VI. hatte bereits in einer Botschaft an Tito aus Anlaß des Amtsantritts von Erzbischof Cagna sehr betont der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß die jetzt hergestellten — offiziellen — Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem jugoslawischen Staat“ auch im Bereich der Friedenspolitik zu einer Zusammenarbeit führen würden („Osservatore Romano“, 12. 2. 67).

Hauptgesprächsthema waren jedoch die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien. Hierin scheint sich seit dem Austausch von offiziellen Vertretern eine positive Entwicklung abzuzeichnen. Hatte Tito in seiner Botschaft an Paul VI. aus dem eben zitierten Anlaß sich auf den Wunsch beschränkt, daß sich die Beziehungen im beiderseitigen Interesse entwickeln mögen, so äußerte Spiliak jetzt seine „besondere Zufriedenheit“ über die wiederhergestellten Beziehungen und gab zu verstehen, daß „die Beziehungen selbst zur Zufriedenheit beider Partner weiter entfaltet werden können“. Die Regierung werde sich um gute Beziehungen zur katholischen Kirche wie zu allen Religionsgemeinschaften des Landes bemühen: „in der Überzeugung, daß die Menschen zur gleichen Zeit gute Gläubige und gute Bürger des eigenen Landes sein können“. Stand in der Botschaft Pauls VI. an Tito noch die Forderung nach der „Achtung der Rechte und der

legitimen Freiheit“ der Katholiken bei gleichzeitiger Versicherung ihrer staatlichen Loyalität im Vordergrund, so griff der Papst den Hinweis auf die mögliche weitere Entfaltung der Beziehungen auf und sprach die Hoffnung aus, daß zur Zufriedenheit beider Partner „immer positivere Ergebnisse“ erzielt werden mögen. Der Papst erinnerte sodann an die spezifisch religiöse Zielsetzung der Kirche und ihrer Arbeit in der Gesellschaft, die im Grunde eine staatsfördernde Wirkung habe, da sie sich im Rahmen der legitimen Gesetze des Staates auf das sittliche, gesellschaftliche und staatsbürgerliche Leben positiv auswirke.

In welcher Beziehung und in welcher Richtung ist eine mögliche weitere Verbesserung der Situation der jugoslawischen Katholiken zu erwarten? Der jetzt als Präfekt der Glaubenskongregation nach Rom berufene Erzbischof von Zagreb, Kardinal Šeper, hatte in einem Interview mit der seit dem Konzil in Zagreb erscheinenden katholischen Zeitschrift „Glas Koncila“ einige Wünsche der Katholiken an die Adresse des Staates formuliert: Erleichterungen beim Bau neuer Kirchen; Aufhebung der Restriktionen für die Kirchenpresse; Ermöglichung kirchlicher Information durch Rundfunk, Fernsehen und die nichtkatholische Presse; Möglichkeit der Benutzung öffentlicher Räumlichkeiten für kirchliche Veranstaltungen; Erleichterungen auf dem Gebiet der Erziehung und des Schulwesens (gegenwärtig kann Religionsunterricht nur in Kirchen und Sakristeien erteilt werden); Beseitigung aller faktischen Diskriminierungen und die Gleichstellung der Katholiken im öffentlichen Leben mit allen anderen Staatsbürgern. Die offensichtliche Bereitschaft der Regierung, mit dem Vatikan weiterzuverhandeln, läßt für die Erfüllung einzelner dieser Wünsche einiges hoffen. Die Regierung selbst hat ein wohlverstandenes Interesse daran, das Verhältnis zur katholischen Kirche weiter zu entspannen, weil sie sich davon einen positiven Einfluß auf die für Jugoslawien immer schwieriger werdende Nationalitätenpolitik erhofft.

### *Konfliktgefahren bestehen weiter*

Zwei Hindernisse allgemeiner Natur bleiben jedoch bestehen: die ständige Gefahr der Verwicklung mit politischen Streitfragen auf Grund der engen Verquickung zwischen konfessionellen und nationalen Gegensätzen. Auf den Ernst dieser Gefahr deuten zwei Ereignisse aus letzter Zeit hin: der Vorwurf eines Mitglieds des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Kroatiens, vor dem 11. Plenum des Zentralkomitees der Partei, die katholische Kirche mische sich in politische Fragen ein und mißbrauche den Glauben zur Durchsetzung politischer Ziele (nach KNA 12./15. 1. 68), und die Beschlagnahme der Dezemberrummer 1967 der Monatszeitschrift „Glasnik sv. Antuna“, die sich u. a. mit dem Verhalten der kroatischen Katholiken während des Krieges auseinandergesetzt hatte. Das zweite Hindernis bildet das Verhalten mancher Kommunisten in den mittleren und unteren Parteikadern, wo der Wille zur Verständigung, der Verzicht auf „faktische“ Diskriminierung sich viel langsamer durchzusetzen scheinen als an der Parteispitze und bei der Regierung. Die Wochenzeitung „Politika“ wies indirekt auf diesen Sachverhalt hin, als sie Anfang Dezember betonte, eine militante Form des Atheismus, der auf administrativem Wege die Religion bekämpfe, entspreche nicht dem Geist des Marxismus und der völligen Anerkennung der persönlichen Freiheit.

## Kirche und Entwicklung in Lateinamerika

Im Rahmen der Lateinamerika-Woche vom 7. bis 13. Dezember 1967, die gemeinsam vom katholischen Bildungswerk, dem Iberoamerikanischen Forschungsinstitut der Universität und von Adveniat in Hamburg durchgeführt wurde, sprach auch der Bischof von Santiago de Veraguas in Panamá, (bisher) Generalsekretär und zweiter Vizepräsident des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, Marcos McGrath. Während die Schautafeln einer parallellaufenden Ausstellung zum Thema „Lateinamerika — Kontinent im Aufbruch“, die Informationen über die sozialen Verhältnisse des Kontinents enthielten, mit Parolen wie „Schuld ist der amerikanische Imperialismus“ übermalt wurden — der SDS wurde dafür verantwortlich gemacht —, fanden die Ausführungen McGraths bedauerlicherweise erstaunlich wenige Zuhörer. Die Äußerungen des Bischofs über grundlegende Probleme der Kirche und der Entwicklung Lateinamerikas sollen deshalb in einigen entscheidenden Punkten referiert werden.

### *Eine eigene Theologie gefordert*

Die Kirche Lateinamerikas, die sich nach den Aussagen des Bischofs nicht nur in struktureller, sondern auch in soziologischer, psychologischer und geistiger Hinsicht von der Kirche Europas und der USA unterscheidet, befindet sich heute in einem „Prozeß ernster Selbstprüfung“. Die Forderungen nach einer „lateinamerikanischen Theologie“ seien ein Ausdruck sowohl für den Mangel an eigenen Theologen, so daß man sich vor allem am europäischen Denken orientieren müsse, sie bedeuteten aber auch die Notwendigkeit, die sozialen und geistigen Probleme des Kontinents in spezifischer Weise zu durchdenken. „Das Konzil hat bewiesen, daß sogar die besten Theologen Europas und Nordamerikas uns in der Lösung unserer dringendsten Probleme sehr wenig zu bieten haben, die sie natürlich nicht vollständig verstehen können.“ Gegenwärtig ließen sich „verheißungsvolle Ansätze“ für das Ineinandergreifen von theologischer und religiöser Wirklichkeit in Lateinamerika erkennen. Dafür sei auch die Fühlungnahme zwischen Theologen und Soziologen kennzeichnend.

Ein schwerwiegendes Problem berührte McGrath mit der Frage nach den ausländischen Geistlichen innerhalb der Kirche Lateinamerikas. Entscheidend sei, daß die Führungspositionen in den Händen der Einheimischen lägen, sonst könnten zusätzliche ausländische Probleme importiert werden, die im Lande gar nicht bestehen.

Nach Bischof McGrath ist Entwicklung im Verständnis von *Populorum progressio* das dringende Problem des Kontinents. Welches ist die Rolle der Kirche vor diesen Aufgaben? „Das Charakteristikum der Kirche in Lateinamerika wird sich ausprägen durch ihre Haltung zur Entwicklung.“ Nach einer vierhundertjährigen Phase mit überwiegend statischer Struktur werde heute ein radikaler Mentalitätswandel gefordert. Die geographisch konzipierte Kirchenverfassung, das katholische Schulsystem „im Dienste der Reichen“, auch das einseitige sakramental orientierte Verständnis des Gottesdienstes sei im Abbau begriffen. Der Verfall alter Strukturen, Urbanisation und wachsendes Proletariat, die Not auf dem Lande, die Radikalisierung der Universitätsjugend, der Einfluß des Marxismus auf die Intelligenz machten es für die Kirche unerlässlich, sich um die Entwicklung zu kümmern.

Die Anstrengungen sollten jedoch nicht nur auf der Befürchtung beruhen, daß die Kirche von den neu entstehenden Strukturen ausgeschlossen werden könnte oder daß sie der Kommunismus überrunde. Die Kirche könne den Forderungen der Sozialenzykliken, die „die radikale Änderung unserer sozialen Struktur verlangen“, nicht gerecht werden, wenn sie nicht auch in der Praxis bemüht sei, sowohl im kirchlichen als auch im öffentlichen Bereich neue Verhältnisse zu schaffen. Es wirke „beinahe komisch“, daß gerade die lateinamerikanischen „Kapitalisten“, die selbst oder deren Väter „gegen den Einfluß der Kirche gekämpft haben“, heute „von der Kirche eine stärkere Arbeit gegen die Kommunisten“ erwarteten, „aber immer in ihrem kapitalistischen Verständnis“.

Das größte Entwicklungsproblem liege in der Aktivierung und Ausbildung der großen Massen, die die Ausflucht in den Alkohol suchten und in ihrer Armut zu „Räubern“ würden; „die Menschen, die psychisch so fatalistisch und passiv sind, daß man sich ihrerseits keine Initiativen vorstellen kann“. Der Prüfstein der sozialen Mentalität der Reichen sei darin zu sehen, ob sie die Entwicklung der großen Massen der Armen, die in einigen Ländern sogar die Mehrheit darstellten, für möglich hielten. „Diese soziale Mentalität, diese Überzeugung, dieser Glaube an die Menschen kann nur von der Kirche erweckt werden. Und ohne diese Überzeugung werden wir immer nur von der Entwicklung der schon Entwickelten reden.“

Lehrreich seien die Erfahrungen der Kirche in Kuba gewesen. „Auch wenn wir klar sagen können, daß die radikalen Strukturwandlungen, die jetzt eingeführt worden sind, das Schicksal der Armen nicht viel gebessert haben und sogar ihre Freiheit beschränkten, so sehen wir doch nicht minder klar die Wirkungslosigkeit vieler Aktivitäten der früheren Kirche in Kuba.“ Sie sei nicht schwächer als andere Kirchen gewesen, und sie habe auch nicht das Regime an die Macht gebracht. Daß die Kirche soviel „für die Erziehung der Reichen“ und so wenig für „die Bildung der Arbeiter und Bauern“ getan habe, sei heute als ein deutlicher Fehler erkennbar. „Diese Lektion müssen wir annehmen.“

Die häufig geäußerte Forderung nach einem völligen Bruch der Kirche mit den bisherigen Strukturen bezeichnete Bischof McGrath als „gleichgewichtsstörend und naiv“. „Wir müssen uns fragen, was eigentlich die gegenwärtigen Strukturen ersetzen könnte, und wir müssen gestehen, daß wir es nicht wissen; und jene wissen es auch nicht.“

Der Bischof skizzierte kurz den von CELAM entworfenen pastoralen Aufgabenplan für die lateinamerikanische Kirche: 1. Die Ausbildung des Menschen unter demographischen, politischen, sozio-ökonomischen, bildungsmaßi- gen und kommunikativen Rücksichten. 2. Die Vertiefung von Katechese und Theologie. 3. Die Erneuerung der Liturgie. 4. Die Darstellung der sichtbaren Einheit der Kirche. 5. Die Betonung der Ökumenischen Bewegung. 6. Allgemeine Koordination.

### *Formung des sozialen Gewissens*

Die Hervorhebung der fundamentalen menschlichen Anliegen begründete McGrath damit, „daß auch das sakramentale Leben der Kirche in den vitalen Problemen des Volkes wurzelt und dort erst zu einer lebendigen Botschaft wird“. Deshalb müsse die Formung des sozialen

Gewissens vorrangige Aufgabe sein und die Verwirklichung der Soziallehre angestrebt werden. Dafür bedürfe es sowohl „technischer“ als auch „ideologischer“ Vorbereitungen. Letzteres sei die eigentliche Aufgabe der Kirche. „Wenn sie sich nun da und dort auch an der technischen Formung beteiligt, dann eigentlich nur, insofern andere diese Aufgabe nicht wahrnehmen.“ Das sei der Fall im Genossenschaftswesen, in den Schulen, in den Alphabetisierungskampagnen durch Radiostationen etc. „Das geschieht zur Zeit weit und breit in Lateinamerika.“ Dieses Engagement der Kirche sei zwar gegenwärtig „notwendig“, aber auch „gefährlich“. Denn ein neuer „klerikaler Paternalismus“ könnte Platz greifen, wenn sich die Kirche nicht „rechtzeitig“ von diesen Aufgaben zurückziehe, das heißt, sobald einschlägige Institutionen dafür bestehen. „Klugheit und Erkennen des rechten Augenblicks“ entschieden über den Zeitpunkt, wann sich die Kirche wieder auf ihre „eigentliche Mission“ beschränken müsse.

Die Bewegungen unter den städtischen Volksmassen und unter der Landbevölkerung machten „neue Weisen der Glaubensverkündigung“ erforderlich, da die traditionellen Formen abgelöst würden. Diese müssten „in den wirklichen Problemen der Christen unserer Tage“ verankert sein. Die Neuorientierung dürfe sich nicht auf den Priester beschränken. Ein dringliches und ungelöstes Problem sei die Betreuung der studierenden Jugend, die vielfach der Kirche feindlich gesinnt sei, da sie „für jene zur Stelle war, die bezahlen konnten, nicht aber für die Unbemittelten“. Ein weiteres entscheidendes Aufgabenfeld seien die Kommunikationsmittel, in denen die Kirche noch kaum Einfluß gewonnen habe.

Wie überall zeige auch in Lateinamerika die Liturgiereform „ihre Licht- und Schattenseiten“. Die Volkssprache in der Liturgie sei durch den hohen Anteil der Analphabeten unabdingbar, es bedürfe ferner einer „offenen und leichtverständlichen Darstellung der Geheimnisse unserer Erlösung“. Das einfache Volk dürfe aber nicht „seiner gefühlsgebundenen Frömmigkeit beraubt“ werden. Die ersten Neuerungsversuche hätten bereits ermutigende Resultate gebracht.

## *Vorgänge und Entwicklungen*

### **Ein ökumenischer Versuch theologischer Anthropologie**

Zu den grundlegenden Dokumenten, in denen die Kommission Faith and Order mit dem Zweiten Vatikanum in etwa gleichgezogen hat, gehört das Votum „Gott in Natur und Geschichte“, vorgelegt auf der letzten Konferenz in Bristol. Pfarrer Lukas Vischer, Direktor der Studienabteilung des Weltrates der Kirchen, hatte in seinem Bericht darüber vor dem Zentralausschuß in Heraklion gesagt, diese Studie sei der Weg zur theologischen Anthropologie, die nächste Studie habe den Titel „Der Mensch in Natur und Geschichte“, weil die Kommission ebenso wie die Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ vom Kriterium des „Humanum“ gesagt habe, eine Besinnung über das Wesen des Menschen führe ins Zentrum der kirchlichen Probleme (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 469). Im Vergleich der ökumenischen und der katholischen Position zur Frage der Hermeneutik (vgl.

Wie überall werde auch in den lateinamerikanischen Ländern die „Institution“ angegriffen. „Wer da etwas zu ändern hat, ist klar; wieviel zu ändern ist, ist nicht so klar.“ Von zahlreichen Priestern werde das überpfarrliche Apostolat noch abgelehnt, aber Fortschritte seien nicht mehr zu leugnen. Die Ordensleute begännen ebenfalls, die Dimensionen der Weltkirche sachgerecht einzuschätzen. McGrath rechtfertigt auch die zahlreichen Tagungen und Zusammenkünfte unter den lateinamerikanischen Bischöfen; sie könnten von außerhalb als übertrieben betrachtet werden. „Wir sind nur wenige für viele Aufgaben. Wir müssen unsere Talente, unsere Gedankengänge und unsere Überlegungen zusammenrücken. Nur wenige Bischöfe haben Soziologen oder Theologen zur Verfügung. Diejenigen, die in Vertretung ihrer Bischöfe oder ihrer Bischofskonferenzen an unseren Tagungen teilnehmen, kehren alsbald in ihre Länder und in ihre Diözesen zurück, um anderen Priestern, Ordensleuten und Laienführern die empfangenen Instruktionen weiterzugeben . . .“

Abschließend hob Bischof McGrath die Verantwortung der Weltkirche für Lateinamerika und die Bedeutung der Kirche seines Kontinents innerhalb der kirchlichen und politischen Vorgänge auf Weltebene hervor. Dabei würdigte er auch die Leistungen der deutschen sowohl kirchlichen als auch staatlichen Einrichtungen zugunsten Lateinamerikas und der gesamten Entwicklungswelt. Die über 4000 Deutschen im Dienst der Kirche Lateinamerikas würden zahlenmäßig nur noch von Spanien übertroffen. „Es ist meine Erfahrung“, so sagte der Bischof wörtlich, „daß zum Beispiel die Hilfe von Misereor auf sozialem Gebiet viel mehr erreicht als durch ähnliche Geldsummen erreicht wird, die von verschiedenen Regierungen kommen.“ Diese private Hilfe der Christen gelange „ohne viel diplomatische und politische Umwege“ an die Stellen, wo sie gebraucht und auch sinnvoll verwandt werde. Die Opfer der deutschen Christen hätten im deutschen Volk und seiner Regierung das soziale Bewußtsein für die Dritten Welt geweckt. Sie seien auch ein Mittel, „in unseren Ländern das soziale Gewissen der Reichen und der Verantwortlichen der Regierungen zu wecken“.

Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 30), wurde es versäumt, ausdrücklich auf diese Intention hinzuweisen.

Sie ist bereits in der Studie „Gott in Natur und Geschichte“ wirksam. Eine Skizze ihrer Konzeption und ihrer Grundgedanken gehört zu den fundamentalen Bausteinen des ökumenischen Dialogs, der in der bevorstehenden 4. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen zu Uppsala einem Höhepunkt zustrebt. Das Dokument ist nicht ein Beschluß von Faith and Order, sondern ein Bericht von 33 engzeiligen Folioseiten für die Kommission. Unter den 15 Mitarbeitern findet man außer Lukas Vischer, Genf, auch die Professoren H. Berkhof, Holland, J. A. Sittler, USA (bekannt durch sein Insistieren auf einer kosmischen Christologie), Voronow, UdSSR, und den Vertreter des Moskauer Patriarchen beim Weltrat in Genf, Erzpriester V. Borovoj. Die theologische wie anthropologische Pluralität der kirchlichen Realitäten ist durch diese Zusammensetzung einigermaßen gewahrt. Es fehlt allerdings ein Theologe der Jungen Kirchen.